



CLAUDIA KEMFERT

Energiewende forcieren statt unsinnige Pipelines bauen

Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

US-Präsident Donald Trump wettet in diesen Tagen mal wieder gegen die geplante Pipeline Nord Stream 2, die, zusätzlich zur bereits existierenden Leitung, russisches Gas direkt nach Deutschland liefern soll. Die USA drohen dieses Mal, Sanktionen gegen beteiligte Unternehmen zu verhängen. Deutschland mache einen riesigen Fehler und sich abhängig von russischen Gaslieferungen, so Trump.

Wie es um die deutschen Interessen steht, ist dem US-Präsidenten allerdings wahrlich egal. Es geht ihm einzig um das in den USA durch Fracking geförderte Gas und darum, das zu höchstmöglichen Preisen insbesondere nach Europa und Deutschland zu verkaufen. Nord Stream 2 würde ihm da einen Strich durch die Rechnung machen, denn das vergleichsweise teure Fracking-Gas kann derzeit gegen Gaslieferungen aus Russland kaum mithalten. Zudem ist das Fracking-Gas aus den USA aufgrund umweltschädlicher Förderungsmethoden ohnehin kritisch zu sehen und keine wirklich Alternative.

Wo Trump Recht hat, hat er Recht: Wir brauchen Nord Stream 2 tatsächlich nicht. Aber aus anderen Gründen, als im Weißen Haus zu hören ist.

Die EU hat sich im Rahmen der Energieunion vorgenommen, den Anteil russischer Gaslieferungen zu mindern, auf verstärkte Diversifikation der Energieimporte und Flexibilität und somit auch verstärkt auf Flüssiggas zu setzen. Allerdings nicht das umweltschädliche US-Fracking Gas, sondern Flüssiggas aus Nordafrika oder anderen Regionen. Deutschland bezieht derzeit bereits etwa ein Drittel seiner Gasimporte aus Russland, und würde mit Nord Stream 2 diesen Anteil weiter erhöhen. Die neue Pipeline verpflichtet uns zusätzlichem Gasimport aus Russland, und das für kommende Jahrzehnte.

Gas wird in Deutschland gerne als sauberer Energieträger dargestellt – das klappt nur, weil wir mit Kohle einen noch dreckigeren haben. Aber auch Gas ist ein fossiler Energieträger, und die Erfüllung der Pariser Klimaziele erfordert eine vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft – und damit auch der Energie-

wirtschaft. Nach dem Kohleausstieg, der demnächst besiegelt werden soll, kommt ganz sicher der Gasausstieg. Perspektivisch wird Gas durch klimaneutrale Energien ersetzt, die ihrerseits jetzt schon immer preiswerter werden und bereits heute eine ernsthafte Konkurrenz zum Gas darstellen. Zugegeben, Gas in der Übergangszeit sowohl für die Stromerzeugung als auch für die Wärmeherstellung und als Treibstoff in der Mobilität eine Rolle spielen.

Aber auch für diesen Übergang brauchen wir keine zusätzliche Pipeline. Nord Stream 2 ist energie- und betriebswirtschaftlich unnötig. Schon der erste Strang ist in weiten Teilen nicht ausgelastet. Will man unbedingt russisches Gas importieren, gibt es andere Transportrouten, zum Beispiel durch Polen verlaufende Pipelines. Entgegen der Prognosen der Befürworter der Pipeline würde es ohne sie keine „Gaslücke“ geben, im Gegenteil. Es gibt derzeit ein Überangebot an Gas auf den internationalen Märkten, auch ausgelöst durch das bereits erwähnte US-amerikanische Fracking-Gas. Viele Länder, auch in Europa, setzen auf eine Diversifikation ihrer Gasimporte, vor allem mittels Flüssiggas, das flexibel per Schiff transportiert werden kann. Nur Deutschland verzichtet bisher auf den Bau eines LNG-Terminals und setzt stattdessen auf die Erweiterung der Nord-Stream-Pipeline.

Das hat spürbare Konsequenzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, nämlich unnötig hohe Preise – auch wenn die Pipelinebetreiber selbstverständlich das Gegenteil behaupten.

Der Bau von Nord Stream 2 behindert den Umstieg auf erneuerbare Energien und kommt die Verbraucherinnen und Verbraucher teuer zu stehen. Deutschland täte gut daran, die Energiewende mit dem Ausbau heimischer erneuerbarer Energien und mehr Energiesparen, auch gemeinsam in Europa und in der Ukraine, zu beschleunigen, statt unsinnige Pipelineprojekte zu unterstützen. Als Nebeneffekt würde das womöglich auch Trump beruhigen – vermutlich aber nicht, da er ja bekanntlich generell nur schwer zu beruhigen ist.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 25. Januar 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;
Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Mathias Hübener

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter